



Die Demonstranten haben die Schuldigen für die drohende Zerstörung des Waldes ausgemacht: SPD, Grüne und teilweise auch Freie Wähler befürworten den Windpark (l.). Mit Plakaten machen sie vor dem Haus des Gastes deutlich, was sie von den geplanten, 240 Meter hohen Windrädern im Grenzgebiet von Gladenbach und Daupenthal halten (oben). Die Demonstranten fordern die Gladenbacher Kommunalpolitiker zum Umdenken in der Windpark-Debatte auf (unten). Foto: Michael Tietz

# Widerstand gegen Windpark wächst

Demonstranten fordern Gladenbacher Kommunalpolitiker aus Umweltschutzgründen zum Umdenken auf

Von Michael Tietz

**GLADENBACHDAUPHTHAL.** „Wir wollen keine Windräder. Rettet unseren Wald!“ Die lautstarke Botschaft der 40 Demonstranten war eindeutig: Die Gladenbacher Kommunalpolitiker sollen ihre Einstellung zum geplanten Windpark im Grenzgebiet zu Daupenthal noch einmal überdenken. Die Pure New Energy AG (PNE) aus Cuxhaven will dort im Jahr 2023 – sofern es eine Genehmigung gibt – sechs Windenergieanlagen ans Stromnetz anschließen.

„Wir fordern den Magistrat und die Stadtverordneten auf, nicht nur den finanziellen Aspekten zu folgen.“

Harald Lika, Demo-Organisator

Vertreter des Unternehmens stellen am Dienstagabend den Mitgliedern der Gladenbacher Stadtverordnetenversammlung, des Magistrats und einigen Ortsverbänden die neuen Pläne für den Windpark vor. Rund 30 Politiker nahmen an der Sitzung im Haus des Gastes teil, interessierte Bürger und die Presse waren nicht willkommen.

Vor drei Jahren begann PNE mit der Detailplanung für den Windpark. Genutzt werden soll dafür das im Teilregionalplan Energie Mittelhessen ausgewiesene Vorranggebiet 3123. Dies grenzt an die Gladenbacher Stadtteile Bellshausen, Diedenshausen, Rünzhausen und Weithausen sowie an den Daupenthaler Ortsteil Herzhausen. Nachdem der Investor erste naturschutzfachliche und technische Gutachten erstellt habe, liefen Ende 2019 die Windmessungen an.

Das Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutz-Gesetz ist mittlerweile

aber gestoppt. Weil sich einige Standorte für die Windräder verschoben werden sollen und auch die endgültige Anzahl der Anlagen nicht geklärt ist, muss das Verfahren komplett neu gestartet werden.

**Bewegung aus sechs betroffenen Orten**

„Dies wäre eine hervorragende Gelegenheit, das politische Pflichtprogramm auf, das erneut vorzulegenden Antragunterlagen zu projizieren und nun einen Dialog mit den betroffenen Bürgern aufzunehmen“, betont Harald Lika. Der Bellshäuser richtete im Namen der Gegenwindbewegung aus den sechs betroffenen Orten die Demonstration am Dienstagabend vor dem Haus des Gastes aus. Dort drückten die Widerständler den Teilnehmern der Sitzung ein Informationsblatt der Initiative in die Hände.

Außerdem machten die Demonstranten mit Plakaten deutlich, was sie von den Windpark-Plänen halten. Die Banner trugen Aufschriften wie

„Amsel, Drossel, Fink und Star sind nicht mehr lange da! Lassen uns unsere Vogelvielfalt erhalten“. „Es geht nur um Profit“. „Keine weitere Zerstörungen unberührter Landschaften“ und „Gladenbach hat's - SPD, Grüne und teilweise FW beschließen Zerstörung der Natur wegen Windräder“.

PNE hatte ursprünglich geplant, drei Windräder auf privaten Grundstücken in der Gemarkung Herzhausen zu errichten. Die Daupenthaler Gemeindevertretung hatte sich bereits 2017 einstimmig dagegen ausgesprochen, dass die Kommune weitere eigene Flächen für die Windkräftnutzung zur Verfügung stellt.

Auf Gladenbacher Grund sollen ebenfalls drei Anlagen entstehen. Dafür kämen städtische Grundstücke in Frage. Die Mehrheit der Stadtverordneten gab Ende 2018 ihr Okay für Verhandlungen mit dem Investor. Fachverträge sind bisher aber noch nicht unterzeichnet worden.

Laut einer Berechnung von PNE könnten mit dem jährlich erzeugten Strom der sechs je-

weils 240 Meter hohen Windräder rund 23.000 Haushalte versorgt werden. „Wir sind davon überzeugt, dass der Bau der Windenergieanlagen für Gladenbach Vorteile bringt. Unsere Stadt und damit auch die Bürger werden von den Erlösen aus dem Betrieb der Anlagen profitieren“, warb Bürgermeister Peter Kremer (parteilos) in einem im Frühjahr 2020 veröffentlichten Infobrief für das Bauvorhaben. Er rechnete damals mit jährlichen Pachteinnahmen von 50.000 bis 70.000 Euro.

**Ohne Gladenbacher Flächen nur vier bis fünf Anlagen**

Der Investor geht nach den aktuellen Plänen davon aus, dass etwa 3,4 Hektar Wald für den gesamten Windpark gerodet werden müssen. Macht die Stadt Gladenbach einen Rückzieher und gibt keine eigenen Flächen ab, würde sich die Anlagenzahl wohl auf vier oder fünf reduzieren. Angedacht ist, ein eigenes Umspannwerk in der Nähe von Diedenshausen zu bauen.

„Wir sind entsetzt darüber und bedauern es, dass Bürgermeister Kremer in seiner Rolle als Vertreter aller Bürger seines Gebirgsbereichs keine Anstalten macht, sich den Bedenken und teilweise Ängsten der betroffenen Bürger in den Stadtteilen anzunehmen“, sagt Harald Lika. Auch bei SPD, Grünen und Teilen der Freien Wähler sei keine Bereitschaft für ein Umdenken zu erkennen. Lediglich die CDU habe sich strikt gegen den Windpark ausgesprochen.

„Coronabedingt können wir leider keine Informationsveranstaltungen für die Bürger ausrichten – das ist ein Drama für uns“, erzählt Lika. Deshalb nutzt die Gegenwindbewegung derzeit Rundbriefe, um ihre Einschätzungen über den Umfang der geplanten Eingriffe in die Natur und die zu erwartenden Immissionen mitzuteilen. „Es geht hier um genehmigungspflichtige Anlagen, von denen schädliche Umwelteinwirkungen und sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft hervorgerufen werden können“, betont Lika.

Die Gegenwindbewegung will im nächsten Schritt selbst ein ornithologisches Gutachten in Auftrag geben. Außerdem steht sie in Kontakt mit der Deutschen Schutzgemeinschaft für Schall (DSGS) und anderen Experten zum Thema Infraschall. „Wir fordern den Magistrat und die Stadtverordneten auf, nicht nur den finanziellen Aspekten zu folgen, sondern insbesondere auch die Umweltschutzanforderungen zu würdigen, einzubeziehen und mit einem gehörigen Quantum Vernunft abzuwägen“, so Lika.

Im Zuge des Genehmigungsverfahrens wollen die Windpark-Gegner dann auch alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen und die neuen Unterlagen prüfen. „Wir werden wahrscheinlich mehrere hundert Einwendungen vorbringen“, kündigt Lika an.



Harald Lika (l.) von der Gegenwindbewegung übergibt Bürgermeister Peter Kremer ein Positionspapier der Windpark-Gegner. Foto: Michael Tietz